

KPÖ (Opposition) - Entwurf eines Aufrufs zur Gemeinderatswahl -
Bezirksorganisation Voitsberg, Ortsgruppen Tregist und Bärnbach, [April 1928]

4 Seiten, Faksimile

Entwurf. Arbeiter! Arbeiterinnen! Werktätige!

Am 29. April wählt ihr den Gemeinderat.

Alle Gemeindepolitik in Oesterreich basiert sich heute auf folgenden grundlegenden Tatsachen:

Die Kapitalisten setzen eigenmächtig die Ausbeutung. Sie vereinigen die Produktion in die rentabelsten Betriebe und sperren die anderen. Sie rationalisieren den Produktionsprozess und pressen aus den Arbeitern immer höhere Leistungen. Die Profite wachsen. Die Reallöhne sinken. Die Pieserarmee der Arbeitslosen wird von Jahr zu Jahr grösser.

Um den Fortgang dieser Ausbeutungswirtschaft zu sichern, haben sich unter Führung der Banken die Grossindustriellen, Grosshändler, Grossgrundbesitzer, Grossbauern zum Rechtsbürgerblock zusammengeschlossen, dessen Ziel ist die Aufrichtung und Aufrechterhaltung der offenen kapitalistischen Diktatur, dessen Hauptmittel ist der Faschismus (Heimwehren, Hackenkreuzler, Frontkämpfer, Technische Wehrliste, Betriebszettel), während die bürgerliche Demokratie dazu dient den Arbeitern die Augen zu verschleiern.

Im Rahmen der Rechtsbürgerblockpolitik basiert sich und muss sich besonders die (Gemeindepolitik der Christlichsozialen, Grossdeutschen, Landbündler und aller wessensverwandten Parteien wie der Nationalsozialisten usw.

Unsere erste Lösung für die Gemeinderatswahl und für die in der Gemeinde zu leitende Politik lautet daher:

Gegen die Gemeinderatsparteien des Rechtsbürgerblocks!

Die Arbeiterklasse hat die Führung des Abwehrkampfes gegen die unausgesetzte Offensive der Kapitalisten bisher der Sozialdemokratie anvertraut. Aber während die Sozialdemokratie an Mitgliedern, Wählern, Mandatären ununterbrochen wächst sinkt die Arbeiterschaft immer tiefer und tiefer.

Die paar Prozent Lohnerhöhung verschleiern das nur, Die Reallohn sinken. Für 26 Kronen Wochenlohn konnte sich der qualifizierte Metallarbeiter in Wien vor dem Kriege 112 Laib Brot kaufen; heute kann er sich für 50 Schilling Wochenlohn nur 57 Laib Brot kaufen. Die Teuerung allein gerechnet sind die Reallohn um 30 bis 50 Prozent gesunken. Dazu kommt die Schädigung durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die heute mehr oder weniger jeden Arbeiter treffen, und die noch grössere Schädigung dadurch, dass die Arbeitsleistung bedeutend mehr gesteigert wird als der Lohne.

Die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Die Betriebsunfälle häufen sich. Die Rechte der Betriebsräte werden immer kleiner. So im Betrieb.

Und draussen schwillt die Zahl der Arbeitslosen und Ausgestoßenen von Jahr zu Jahr.

Auf dem Markt gilt der Groschen der Arbeiterfrau immer weniger. Rascher als die Soldlöhne klettern die Preise.

An Steuern wird dem Arbeiter immer mehr aufgeschult, Insbesondere an den unsichtbaren, den indirekten Steuern. Die Kapitalisten aber steuern immer weniger und kriegen noch dazu Milliarden geschenke.

Bei den Behörden, Beamten, Gerichten gilt der Arbeiter immer weniger. In der Wehrmacht fliegen die proletarischen Soldaten heraus oder werden in den Selbstmord gezwungen. Und wenn sich die Arbeiter rühren, werden sie abgeschossen wie Hasen. Siehe den 15. Juli,

Die Sozialdemokratie wächst — das Proletariat sinkt.

Wieso kommt das?

Nichtproletarier strömen in grosser Masse in die Sozialdemokratie, in wachsender Zahl stossen zu ihr ^{sogar} Kleinkapitalisten, die selbst Arbeiter ausbeuten.

Innerhalb der Sozialdemokratie aber wächst ein Grossteil der breiten Führerschichte zu gehobener kleinbürgerlicher Existenz und bekommt dadurch zwangsläufig kleinbürgerliche Interessen.

Aus einer proletarischen Massenpartei wandelt sich die Sozialdemokratie immer mehr und immer schneller zu einer kleinbürgerlichen Volkspartei, in der die Arbeiterschaft der grosse Körper ist, der Kopf aber das Kleinbürgertum.

Die Sozialdemokratische Partei bestimmt ihre Politik letzten Endes nicht mehr nach dem Klasseninteresse der Arbeiter, sondern nach dem Klasseninteresse des Kleinbürgertums. Arbeiterinteressen vertritt sie nur mehr so weit, dass sie die Kleinbürger nicht von sich stösst. Die sozialdemokratische Politik ist von proletarischer Politik übergegangen zur "Volkspolitik".

Auch der Gegensatz zwischen Kleinbürgertum und Grossbürgertum verschärft sich immer mehr. Dennoch steht das Kleinbürgertum letzten Endes auf demselben Boden wie das Grossbürgertum: auf dem Boden des Kapitalismus.

So bewegt sich und muss sich vermöge ihrer Klassengrundlage bewegen die ganze sozialdemokratische Politik im Rahmen des Kapitalismus.

Die Sozialdemokratie vertritt Arbeiterinteressen daher nur, soweit das den Kapitalismus nicht gefährdet, mit anderen Worten: soweit das die Profitinteressen der Kapitalistenklasse zulassen.

Gegenwärtig steuert die Sozialdemokratie auf eine offene Koalitionserregung, also auf die Schaffung einer Linkstreckerrichtung. Allein welcher Form immer die sozialdemokratische Politik annimmt, ob sie auftritt als scharfe Opposition, gesteigert bis zur Obstruktion, ob sie sich kleidet als loyale Opposition, ob sie sich bildet bis zur stillen Koalition, ob sie als offene Koalition auftritt oder

oder sich ~~dar~~ hüllt in die täuschende Form, in die Form der sozialdemokratischen Mehrheitsregierung — in allen ihren Formen hat die sozialdemokratische Politik zum Ausgangs- und Mittelpunkt die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zur Aufrechterhaltung und Förderung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Am krassesten trat das zu Tage am 15. Juli.

Der 15. Juli hat blutig bewiesen, dass die Sozialdemokratie in ihrem wirklichen Verhalten nicht auf Seite der Massen stand, sondern auf Seite der "Luxe und Ordnung", das ist der kapitalistischen Luxe und Ordnung, also auf Seite der Kapitalistenklasse.

So wird es auch sein bei allen künftigen entscheidenden Kämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie und es kann nicht anders sein zufolge des Klassencharakters der Sozialdemokratie.

Unsere zweite Lesung lautet daher:

Gegen die kleinbürgerliche Klassenversöhnung — den proletarischen Klassenkampf
gegen die kleinbürgerliche "Volkspolitik" — die proletarische Klassenkampfpolitik
gegen die kleinbürgerliche Volkspartei — die proletarische Klassenpartei.

Der Gedanke der proletarischen Klassenpartei wurde und wird auf Russische diskreditiert durch die österreichische Stalinpartei. Sie hat diesen Gedanken, der gleichbedeutend ist mit der kommunistischen Partei, sie hat den Kommunismus durch ihre Phrasendrescherpolitik vor den Massen ^{schwer} diskreditiert. Was sie sich heute worden und werden wie sie will, letztes Ende ist sie heute blind ausführendes Organ des Stalinismus. Sie muss in Österreichischen Landesh die Stalinpolitik durchführen oder maskieren, diese Politik, die die wirklichen Kommunisten (Trotzky) nach Sibirien schickt und unter Mischrauch des kommunistischen Namens in Wirklichkeit immer mehr eine das russische und internationale Proletariat schwer schädigende Politik treibt für die Kulaken (die Grossbauern) im Dorf und für die Bourgeoisie (die neue Bourgeoisie) in der Stadt.

Unsere dritte Lesung lautet daher:

Gegen den Stalinismus — den Marxismus-Leninismus.

Gegen die Stalinpartei — die Leninpartei

Gegen die K.P.G. — die K.P.G. (Opposition)

Das Proletariat kann sich befreien nur durch den revolutionären Sturz der kapitalistischen Staatsmacht, durch Aufrichtung der proletarischen Diktatur, des proletarischen Staates, des Sowjets. Und diesem Ziel führt nur der Klassenkampf. Der Schwerpunkt dieses Kampfes liegt in dem Kampf um die Macht außerhalb der parlamentarischen Körperschaften, die Gemeinderäte und in der

Wir wollen in die Gemeindevertretung, um den proletarischen Massenkampf, Befreiungskampf des Proletariats einen Stützpunkt zu gewinnen.

Unsere Politik in der Gemeindevertretung wird zum leitenden Gedanken das Klassenbewusstsein des Proletariats zu heben, zu stärken. In den konkreten Tagesfragen der Gemeinde werden wir immer den wahren Charakter der progressiven (christlichsozialen, grossdeutschen, landbändlerischen, nationalistischen usw.) und der kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Politik ablesen und auch dadurch erleichtern die proletarische Front ~~zu bilden~~, die Front des revolutionären Klassenkampfes zu erkennen und zu verstärken.

Wie überall so werden wir auch in den Gemeindevertretungen alles tun, erster Linie den Arbeitern, dann aber auch der unteren Bevölkerung überall in Stadt und Dorf zu helfen.

Wir werden schliesslich kämpfen für Hilfe den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden immer auf Kosten der Kapitalisten.

Wo und soweit die Sozialdemokratie eintritt für die Klasseninteressen Arbeiterschaft (wie Steuererleichterungen, Steuerbefreiungen, Hilfe den Arbeitslosen, den Schwangeren, den Kindern, Kranken, Alten, Erholungsmöglichkeit, für Hilfe den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden auf Kosten der Kapitalisten) so wie sie sich zu ernsten Massnahmen gegen den Faschismus bemüht, wird die sozialdemokratischen Vorhürden unterstützen, ohne unsere Kritik, und vor allem unsere Anstrengungen einzustellen in dieser durch Kampf reich zu reichen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Arbeiterinnen! euer Interesse fordert, dass ihr den derzeit möglichst vielen Vertreter der Partei einzieht, die ihre Politik ausschliesslich nach dem proletarischen Klasseninteresse, die es sich gibt macht die proletarische Partei ^{Klassen} aufzubauen und Garantien zu schaffen, dauernd als solche zu erhalten. Holt eure Stimme daher den Gemeinderatskandidaten, deren Zahl wir auch vorschlagen.

¹ - kommunistische Partei Österreichs (Opposition)
Bezirksorganisation Leitender
Ortsgruppe Kreist.
Ortsgruppe Landt.